

Pressekonferenz - 29. Juni 2005

Barbara König, stellvertr. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn u. jugendpolitische Sprecherin

Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Renate Hendricks, MdL, Mitglied des Schulausschusses

Bewertung des Koalitionsvertrages von CDU und FDP in NRW: Schule und Jugend

"Schule und Jugend" im Koalitionsvertrag von CDU und FDP weisen den Weg zurück in die Klassengesellschaft", so Barbara König, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Die "Mogelpackung Bildung" unter dem Deckmäntelchen der "Selbstentfaltung der Kinder", "Förderung von Neigungen und Talenten unter verbesserten Talenten und frühest mögliches Fördern und Fordern", hört sich gut an. Allerdings entbehren die "politischen Leitlinien der CDU/FDP-Koalition" allen neueren pädagogischen Erkenntnissen.

Privatisierung und Klassenunterschiede sind die Leitlinien des Koalitionspapiers. Es wird deutlich, dass die Politik zukünftig härter und weniger sozial wird, äußerte sich Renate Hendricks, MdL.

Auch Frauen kommen im gesamten Koalitionsvertrag lediglich in ihrer Eigenschaft als Mütter oder Opfer von häuslicher bzw. sexueller Gewalt vor. Dies ist ein großer Rückschritt in der Entwicklung von moderner und selbstbewußter Frauenpolitik. Die "Koalition der Mitte" will Frauen weder als eigenständige Arbeitnehmerinnen, Führungskräfte oder Wissenschaftlerinnen fördern noch werden frauenspezifische Aspekte bei Gesundheit, Kultur oder anderen Themen berücksichtigt.

Die erfolgreich begonnene Zusammenführung von Jugendhilfe und Schule wird im Koalitionsvertrag leider beendet. Sowohl im Vertragswerk wie in der Ressortzuteilung ist keine Kooperation der beiden Felder mehr erkennbar. Während es für den Bereich Schule ein eigenes Ministerium gibt, geht der Bereich Jugend im "Generations-Ministerium" unter "Familie, Frauen, Jugend, Generationen und Integration" unter.

Bewertungen im Einzelnen:

Renate Hendricks:

Schrittweise Einführung erste Fremdsprache in der 1. Klasse

Grundsätzlich nicht zu kritisieren, aber die Stärkung der Sprach- und Lesefähigkeit muss in den Vordergrund gestellt werden.

Und: Woher kommen die notwendigen 1200 Lehrerstellen (bei zweistündigen Unterricht in der 1. und 2. Klasse)?

- **Kinder, die noch nicht schulfähig sind, erhalten eine besondere Förderung**
- **Spezielle Angebote zur Förderung von lernschwachen und hochbegabten Kindern u. Jugendlichen. Schulen sollen spezielle Förderverbände gründen.**
- **Bessere und individuelle Förderung**
- **Bessere Mittelausstattung für Schulen bzw. Klassen mit hohem Migrantenanteil.**

Was genau gemeint ist, wird nicht ausgeführt. Welche Ressourcen hierfür eingeplant werden, wird nicht benannt. Reine Floskeln, die den Ansatz stützen sollen, dass ein "gerechtes Schulwesen" angestrebt wird.

Sonderpädagogische Förderung: Integrative Lerngruppen ja, wenn dies nicht auf Kosten einer besseren Förderung in einer Sonderschule geschieht.

Kampfansage an unseren Ansatz, integrative Beschulung in allgemein bildende Schulen auszubauen. Der Vorschlag untermauert den Ansatz, integrative Ansätze zurückzufahren.

- **Ende 2. Klasse: Berichtszeugnisse werden um Ziffernnoten ergänzt**
- **Stärkung der disziplinarischen Rechte der Lehrer**
- **Kopfnote (zur Dokumentation des Arbeits- und Sozialverhalten)**
Der Ansatz lautet "Zucht und Ordnung" und eine längst überholte Leistungsbewertung durch Noten. Schwarze Pädagogik der 50er Jahre pur.
- **Verbindlicheres Grundschulgutachten (bei Abweichen von der Empfehlung findet ein Auswahlverfahren statt)**
- **Abschaffung der Schuleinzugsbezirke für Grundschulen**
- **Der Drittelerrlass^[1] wird aufgehoben**
- **Gesamtschulen müssen sich dem Wettbewerb stellen und die Richtwerte für die Oberstufe einhalten**

Mit einem verbindlicheren **Grundschulgutachten** wird die Freiheit der Eltern bei der Wahl der Schule für das eigene Kind zu beschnitten.

Mit der **Abschaffung der Schuleinzugsbezirke** werden gute Schulen für Reiche und schlechte Schulen für Arme etabliert. Die Grundschule wird ihrer sozial-integrativen Aufgabe nicht mehr gerecht werden können. Die Kommunen verlieren ein notwendiges Steuerungselement, um eine optimale Schulversorgung zu garantieren. Der Drittelerrlass garantiert, dem einzelnen Schüler bzw. der einzelnen Schülerin auch dann gerecht zu werden, wenn Anforderungen gestellt werden, die insgesamt zu hoch sind und von einem großen Teil der Lerngruppe nicht bewältigt werden können.

Gesamtschulen garantieren mehr Durchlässigkeit. Sie sind entsprechend ihrem Klientel ausgestattet. Ein Vergleich mit Gymnasien ist unseriös. Unterm Strich wird hier der Einstieg in den Ausstieg angekündigt bzw. der Gesamtschulen eine klare Kampfansage erteilt. Ziel ist es, die gymnasiale Oberstufe an den Gesamtschulen abzuschaffen und sie damit generell zur Disposition zu stellen

Ranking aller Schulen durch Veröffentlichung der Ergebnisse zentraler Abschlussprüfungen sowie der internen wie externen Evaluation

Umkehrung unseres Ansatzes: Während wir Evaluationsergebnisse (Lernstandserhebungen, Schulinspektionen) zur Verbesserung der Unterrichtsqualität nutzen wollen, setzen CDU und FDP auf einen Warenhauskatalog guter und schlechter Schulen. Statt Unterstützung für selbstständige Schulen nun ein neoliberaler, marktradikaler Wettbewerb zwischen Schulen, die mit ihren schwierigen Aufgaben allein gelassen werden.

Schulen erhalten Stellen und ein Sachmittelbudget und stellen Lehrer selbst ein.

Im Kern ist nichts gegen den Vorschlag zu sagen. Allerdings wird nichts zur notwendigen Qualifizierung der Schulleitungen und zur Etablierung eines notwendigen Unterstützungssystems (Reform der Schulaufsicht im Kontext Selbstständiger Schule) gesagt. Wie das Sachmittelbudget eingeführt wird, bleibt abzuwarten, da hier die Schulträger mit ins Spiel kommen.

Schulleiter werden von der Schulkonferenz für die Dauer von acht Jahren gewählt.

Laut Wahlprogramm sollte die Wahl im Einvernehmen mit dem Schulträger geschehen (alte Forderung der Kommunen). Dieser Hinweis fehlt nun. Eine entsprechende Reaktion der kommunalen Spitzenverbände ist absehbar. Der Vorschlag stellt ein weiteres Element

für den Wettbewerbsgedanken von CDU und FDP dar. Die Schulleitungen werden unter Druck (Ranking, Verantwortung für Unterrichtsausfall) gesetzt. Wer nicht die gewünschten Ergebnisse bringt, wird nicht wieder gewählt.

Einheitsschulaufsicht wird durch ein schulformspezifisches Controlling ersetzt.

Wir haben keine "Einheitsschulaufsicht", sondern eine schulformbezogene Schulaufsicht. Im SchG ist eine Reform für 2009 angekündigt. Ziel ist eine ortsnahe und schulformübergreifende Schulaufsicht. Hier bleibt abzuwarten, welche weiteren Vorstellungen präsentiert werden.

Gieslint Grenz:

Zum "muttersprachlichen Unterricht":

Der muttersprachliche Unterricht soll durch Deutschunterricht ersetzt werden. Bekannt ist aber, dass nur diejenigen fehlerfrei deutsch lernen können, die ihre Muttersprache beherrschen. Die Misere vieler Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist doch, dass sie weder die eine noch die andere Sprache fehlerfrei beherrschen. Die SPD fordert sowohl die Festigung der muttersprachlichen Kenntnisse als auch das Erlernen der deutschen Sprache. Nur so kann auch für diese Kinder Chancengleichheit für ihre Bildungslaufbahn geschaffen werden.

Zu Ganztagsangeboten in Schulen:

Ganztagsangebote sollen schwerpunktmäßig für Grund- und Hauptschulen geschaffen werden. Was ist mit dem Betreuungsbedarf für Kinder, die Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen besuchen?

Man kann vermuten, dass hier die Frauen wieder an Haus und Herd zurückgedrängt werden sollen, wenn sie ihren Kindern weitergehende Bildungschancen einräumen wollen. Außerdem fällt es der Schwarz-Gelben Koalition natürlich leicht, sich mit fremden Federn zu schmücken. Schließlich waren es die Sozialdemokraten, die gegen große Widerstände des konservativen Lagers, die Offene Ganztagschule auf den Weg gebracht haben. 90 % der Baukosten für Offene Ganztagschulen werden von der Rot-Grünen Bundesregierung getragen, der Rest von den Kommunen.

Man erinnere sich nur an die Anfänge der Diskussion um die OGS in Bonn. Dem konservativen Lager war alles zu teuer und man versuchte zunächst die Entwicklung zu stoppen. Heute sind es auch wieder die fortschrittlichen Kräfte im Bonner Stadtrat, die für eine vernünftige finanzielle Ausstattung des OGS-Betriebes kämpfen, nicht nur verbal, sondern indem sie - auch bei knappen städtischen Mitteln - ausreichende Ansätze in den Haushalt eingestellt haben.

Zum Schulgesetz:

Erst in den weiterführenden Schulen schnitten die Deutschen bei PISA sehr mäßig ab. Hieraus hat die ehemalige SPD/Grünen-Regierung in NRW ihre Konsequenzen gezogen: das neue Schulgesetz sollte schulübergreifendes Lernen, z.B. durch Kooperation von Haupt- und Realschulen ermöglichen. Nur so kann man Kindern, deren Talente sich nicht pünktlich bis zur 3./4. Klasse entwickelt haben, eine Chance auf "bruchfreies" Lernen und "Aufstieg" geben.

Ein Industrieland wie Deutschland braucht keine Verkürzung der Mindestschulzeit auf neun Schuljahre. Auch die Betriebe brauchen Lehrlinge, die eine gute Allgemeinbildung mitbringen, die ist im "Schnellschuss" jedoch nicht machbar. Wir brauchen viele gut ausgebildete junge Menschen, die sich den Herausforderungen unserer Zeit stellen können.

Zum Einschulungsalter:

Eine Forderung der CDU/FDP-Koalition ist, das Einschulungsalter auf 5 Jahre herabzusetzen.

Dieses Ansinnen zeigt, dass hier Politiker ohne kommunalpolitischen und pädagogischen Verstand am Werke waren: Was kommt auf die Kommunen zu, wenn im ersten Jahr

dieser Regelung zwei Jahrgänge gleichzeitig das erste Schuljahr beginnen? Wie viele neue Klassenzimmer müssen gebaut werden, um nicht Klassen in einer Stärke von bis zu 60 Kindern zusammenzupferchen. Auch wäre der Mehrbedarf an Lehrern für diese Regelung so groß, dass er nicht einmal durch die bis 2010 versprochene Erhöhung der Stellen aufgefangen werden könnte.

"Wenn nach 4 Grundschuljahren der Bedarf an Klassenräumen und Lehrern folgerichtig in den weiterführenden Schulen auftaucht, nehmen wir dann die Klassencontainer und die Grundschullehrer einfach hierhin mit", fragt sich Gieslint Grenz.

Barbara König:

Bewertung Punkt 3 der Koalitionsvereinbarung "Kinder, Jugend, Frauen und Familie"

1. Familienzentren:

Aussage

Kindertageseinrichtungen sollen zukünftig drei Säulen beinhalten: Betreuung, Erziehung und Bildung

- von unter Dreijährigen
- von Kindergartenkindern von 3 bis 6 Jahren
- von schulpflichtigen Kindern (Grundschule).

Außerdem sollen Kitas zu "Familienzentren" weiterentwickelt werden:

- Tagespflegezentrum
- Vorschulische Sprachförderung
- Schulvorbereitung für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder (ehem. Schulkindergarten)
- Knotenpunkt familienstützender Leistungen in der Familie (Erziehungshilfe, -beratung, etc.).

Bewertung:

Grundsätzlich ist die Einrichtung von Familienzentren sehr zu begrüßen. Im Rahmen des Programms "Soziale Stadt", etc. ist die sozialräumliche Vernetzung verschiedener Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe bereits von sozialdemokratischer Seite aber von Seiten der Wohlfahrtspflege, z.B. AWO, erprobt und gefordert worden (siehe z.B. Modellprojekt "MOKI - Monheim für Kinder").

Familienzentren müssten in erster Linie verschiedene Hilfen im Stadtteil bündeln und für Familien niedrigschwellig anbieten: Kinderbetreuung, Beratung in Erziehungsfragen, Beratung in Finanzfragen, Gesundheitsprävention, u.a.m.

Beim CDU/FDP-Konzept ist auch unklar, welche Rolle die Schulkinderbetreuung in den Familienzentren spielen soll und wie sich die offenen Ganztagsgrundschulen davon abgrenzen sollen.

2. Kinderbetreuung U 3:

Aussage:

- Ausbau gemäß bundesgesetzlichen Vorgaben, d.h. TAG / 20 % Bedarfsdeckung
- Beteiligung der Bundesregierung an Kosten (über TAG hinaus?)
- Initiative für Tagespflege: Landesgesetz zur Tagespflege, Tagespflegezentren (in Familienzentren)
- Verstärkt Plätze für Kinder ab 2 Jahre

Bewertung:

CDU und FDP haben endlich erkannt, dass auch sie den Wünschen der Eltern aber auch vieler Unternehmen nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht mehr ignorieren können. Sie haben auch erkannt, dass Bildung für kleine Kinder von Anfang an gelten muss. Geld wollen sie dafür als Landesregierung aber nicht in die Hand nehmen. Sie wollen die Kosten dafür lieber auf die Bundesregierung abschieben. Die beteiligt sich aber schon mit 1,5 Milliarden Euro an Kosten, obwohl sie NICHT für Kinderbetreuung zuständig ist: Kinderbetreuung ist und bleibt Aufgabe von Land und Kommunen und

hierfür stehen u.a. die Einsparungen aus Hartz IV zur Verfügung. Dazu müssen sich CDU und FDP im Land nun auch endlich bekennen!

3. Offene Jugendarbeit:

Aussage:

Die Kinder- und Jugendarbeit bleibt ein "eigenständiges und gleichberechtigtes Sozialisationsfeld NEBEN der Schule". U.a. soll das Jugendfördergesetz weiterentwickelt werden, der Landesjugendplan entbürokratisiert werden und es soll mehr Förderung für Freie Träger geben.

Bewertung:

Das alles sind sehr unklare und abstrakte Aussagen, die nebulös auf einer halben Seite untereinander gereiht sind. Die unter der rot-grünen Landesregierung begonnene gute Kooperation von Schule und Jugendhilfe scheint gefährdet, es wird ausdrücklich von einem "Nebeneinander" gesprochen. Mehr Geld für Freie Träger zu versprechen, ist angesichts der leeren Kassen ein gewagtes und wohl hohles Versprechen.

[1] **Drittelerlass:** Generell gilt: Für die Beurteilung von Klassenarbeiten sind die Anforderungen der Lehrpläne entscheidend - und nicht die Leistungsfähigkeit einer Klasse. Sollte aber ein Drittel der Schülerinnen und Schüler kein ausreichendes Ergebnis erzielen "sind geeignete Maßnahmen einzuleiten, die die unterrichtlichen Ergebnisse verbessern und die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern."

Barbara König, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Tel.: 0228/ 77 2080

e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn,

Tel.: 0228/ 341991, e-mail: Grenz-Bonn@t-online.de

Renate Hendricks, MdL, Mitglied des Schulausschusses, Tel.: 0228/ 234339, e-mail:

hendricks.rlg@t-online.de